

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2015/00097]

26 DECEMBRE 2013. — Loi portant insertion des dispositions réglant des matières visées à l'article 77 de la Constitution dans le livre XVII "Procédures juridictionnelles particulières" du Code de droit économique. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 26 décembre 2013 portant insertion des dispositions réglant des matières visées à l'article 77 de la Constitution dans le livre XVII "Procédures juridictionnelles particulières" du Code de droit économique (*Moniteur belge* du 28 janvier 2014).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2015/00097]

26 DECEMBER 2013. — Wet houdende invoeging van de bepalingen die een aangelegenheid regelen als bedoeld in artikel 77 van de Grondwet, in boek XVII "Bijzondere rechtsprocedures" van het Wetboek van economisch recht. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 26 december 2013 houdende invoeging van de bepalingen die een aangelegenheid regelen als bedoeld in artikel 77 van de Grondwet, in boek XVII "Bijzondere rechtsprocedures" van het Wetboek van economisch recht (*Belgisch Staatsblad* van 28 januari 2014).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2015/00097]

26. DEZEMBER 2013 — Gesetz zur Einfügung der Bestimmungen zur Regelung von Angelegenheiten erwähnt in Artikel 77 der Verfassung in Buch XVII "Besondere Gerichtsverfahren" des Wirtschaftsgesetzbuches — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 26. Dezember 2013 zur Einfügung der Bestimmungen zur Regelung von Angelegenheiten erwähnt in Artikel 77 der Verfassung in Buch XVII "Besondere Gerichtsverfahren" des Wirtschaftsgesetzbuches.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST WIRTSCHAFT, KMB, MITTELSTAND UND ENERGIE

26. DEZEMBER 2013 — Gesetz zur Einfügung der Bestimmungen zur Regelung von Angelegenheiten erwähnt in Artikel 77 der Verfassung in Buch XVII "Besondere Gerichtsverfahren" des Wirtschaftsgesetzbuches

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmung

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 77 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

KAPITEL 2 — Wirtschaftsgesetzbuch

Art. 2 - In Buch XVII Titel 1 Kapitel 1 des Wirtschaftsgesetzbuches wird ein Artikel XVII.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. XVII.1 - Vorbehaltlich der den Büchern VI, XI und XII eigenen Sonderbestimmungen, die in den Kapiteln 3, 4 und 5 des vorliegenden Titels erwähnt sind, stellt der Präsident des Handelsgerichts das Bestehen einer selbst strafrechtlich geahndeten Handlung fest und ordnet ihre Unterlassung an, wenn sie gegen die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzbuches verstößt."

Art. 3 - In Buch XVII Titel 1 Kapitel 1 desselben Gesetzbuches wird ein Artikel XVII.2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. XVII.2 - Der Präsident des Handelsgerichts stellt ebenfalls das Bestehen der weiter unten erwähnten Verstöße fest und ordnet ebenfalls ihre Unterlassung an:

1. Ausübung einer Tätigkeit unter Verkennung der Bestimmungen von Buch III des vorliegenden Gesetzbuches,
2. Nichteinhaltung der Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen über die Führung der Sozialdokumente und die Anwendung der Mehrwertsteuer,
3. Beschäftigung von Arbeitnehmern, ohne beim Landesamt für soziale Sicherheit eingetragen zu sein, ohne die erforderlichen Erklärungen eingereicht zu haben oder ohne die Beiträge, Beitragszuschläge oder Aufschubzinsen zu zahlen,
4. Beschäftigung von Arbeitnehmern und Einsatz von Arbeitnehmern unter Verstoß gegen die Vorschriften über zeitweilige Arbeit, Zeitarbeit und Arbeitnehmerüberlassung,
5. Nichteinhaltung der für allgemein verbindlich erklärten kollektiven Arbeitsabkommen,
6. Behinderung der Überwachung, die aufgrund der Bestimmungen von Buch III des vorliegenden Gesetzbuches und aufgrund der Gesetze über die Führung der Sozialdokumente ausgeübt wird,
7. Nichteinhaltung der Gesetzes-, Dekrets- und Verordnungsbestimmungen in Sachen Werbung mit Ausnahme der in Buch VI des vorliegenden Gesetzbuches und in seinen Ausführungserlassen vorgesehenen Bestimmungen,
8. Beschäftigung einer Person durch einen Arbeitgeber, der sich eines in Artikel 12 Nr. 1 Buchstabe a) des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer erwähnten Verstoßes schuldig macht,
9. Nichteinhaltung der Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen in Sachen Umweltzeichen,
10. Ausübung einer beruflichen Tätigkeit, ohne über die in Anwendung des Programmgesetzes vom 10. Februar 1998 zur Förderung des selbständigen Unternehmertums erforderliche Bescheinigung zu verfügen,
11. Nichteinhaltung der Bestimmungen des Gesetzes vom 10. November 2006 über die Öffnungszeiten in Handel, Handwerk und im Dienstleistungsbereich,
12. Ausübung des Berufs des Güter- oder Personenkraftverkehrsunternehmers, ohne Inhaber der erforderlichen Verkehrslizenzen und Transportgenehmigungen zu sein,

13. Nichteinhaltung der Vorschriften in Bezug auf die Lenk- und Ruhezeiten der Fahrzeugführer,

14. Nichteinhaltung der Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Mai 2007 über den Schutz der Verbraucher hinsichtlich der Rundfunk- und Fernsehübertragungs- und -verteilungsdienste,

15. Nichteinhaltung der Bestimmungen der Verordnungen der Europäischen Union, die in Buch VI erwähnte Angelegenheiten betreffen,

16. Nichteinhaltung der Bestimmungen von Artikel 18 §§ 2/1 bis 2/3 des Gesetzes vom 29. April 1999 über die Organisation des Elektrizitätsmarktes, eingefügt durch das Gesetz vom 25. August 2012, und von Artikel 15/5bis §§ 11/1 bis 11/3 des Gesetzes vom 12. April 1965 über den Transport gasförmiger und anderer Produkte durch Leitungen, eingefügt durch das Gesetz vom 25. August 2012."

Art. 4 - In Buch XVII Titel 1 Kapitel 1 desselben Gesetzbuches wird ein Artikel XVII.3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. XVII.3 - Der Präsident des Handelsgerichts kann dem Zuwiderhandelnden eine Frist gewähren, damit dieser dem Verstoß ein Ende setzt, wenn die Art des Verstoßes dies erforderlich macht. Er kann die Aufhebung der Einstellungsanordnung gewähren, wenn dem Verstoß ein Ende gesetzt worden ist."

Art. 5 - In Buch XVII Titel 1 Kapitel 1 desselben Gesetzbuches wird ein Artikel XVII.4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. XVII.4 - Der Präsident des Handelsgerichts kann erlauben, dass auf Kosten des Zuwiderhandelnden seine Entscheidung oder die von ihm erstellte Zusammenfassung während des von ihm festgelegten Zeitraums sowohl außerhalb als auch innerhalb der Niederlassungen des Zuwiderhandelnden angeschlagen wird und sein Urteil oder dessen Zusammenfassung in Zeitungen oder sonst irgendwie veröffentlicht wird.

Diese Maßnahmen der öffentlichen Bekanntmachung dürfen jedoch nur erlaubt werden, wenn sie dazu beitragen können, dass die beanstandete Handlung eingestellt beziehungsweise deren Auswirkungen Einhalt geboten wird.

Der Präsident des Handelsgerichts legt den Betrag fest, den die Partei, der gemäß Absatz 1 eine Maßnahme der öffentlichen Bekanntmachung erlaubt worden ist und die die Maßnahme trotz einer rechtzeitig eingereichten Beschwerde gegen das Urteil ausgeführt hat, der Partei zahlen muss, zu deren Nachteil die Maßnahme der öffentlichen Bekanntmachung ausgesprochen wurde, wenn diese Maßnahme in der Berufung aufgehoben wird."

[Art. XVII.5]

[Art. XVII.6]

[KAPITEL 2 — Berechtigte zur Erhebung der Unterlassungsklage

Art. XVII.7

Art. XVII.8]

Art. 6 - In Buch XVII Titel 1 Kapitel 3 desselben Gesetzbuches wird ein Artikel XVII.9 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. XVII.9 - Der Präsident des Handelsgerichts kann die in den Artikeln VI.92 bis VI.109 des vorliegenden Gesetzbuches erwähnten Marktpraktiken verbieten, wenn sie noch nicht begonnen haben, aber unmittelbar bevorstehen."

[Art. XVII.10]

[Art. XVII.11]

[Art. XVII.12]

[Art. XVII.13]

[KAPITEL 4 — Sonderbestimmungen Buch XI

Art. XVII.14 bis XVII.21]

Art. 7 - In Buch XVII Titel 1 Kapitel 5 desselben Gesetzbuches wird ein Artikel XVII.22 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. XVII.22 - Die Bestimmungen des vorliegenden Titels finden keine Anwendung auf die Bestimmungen von Buch XII Titel 2."

Art. 8 - In Buch XVII Titel 1 Kapitel 5 desselben Gesetzbuches wird ein Artikel XVII.23 §§ 1 bis 3 und 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. XVII.23 - § 1 - In Abweichung von den Bestimmungen des vorliegenden Titels finden nur die folgenden Paragraphen auf einen Verstoß gegen Artikel XII.22 Anwendung.

§ 2 - Der Präsident des Gerichts Erster Instanz oder gegebenenfalls der Präsident des Handelsgerichts stellt das Bestehen einer Registrierung eines Domainnamens durch eine Person, die in Belgien ihren Wohnsitz oder ihre Niederlassung hat, und einer Registrierung eines unter der BE-Domain registrierten Domainnamens, die einen Verstoß gegen Artikel XII.22 darstellen, fest und ordnet ihre Einstellung an.

§ 3 - Der Gerichtspräsident kann anordnen, dass der Inhaber des betreffenden Domainnamens diesen Namen streicht oder streichen lässt oder den Domainnamen der von ihm bestimmten Person überträgt oder übertragen lässt.

[§ 4 - ...]

§ 5 - Der Gerichtspräsident kann ebenfalls anordnen, dass auf Kosten des in der Sache unterliegenden Inhabers des Domainnamens das Urteil ganz oder auszugsweise in Zeitungen oder sonst irgendwie veröffentlicht wird.

Diese Maßnahmen der öffentlichen Bekanntmachung dürfen jedoch nur angeordnet werden, wenn sie dazu beitragen können, dass die Registrierung eingestellt beziehungsweise deren Auswirkungen Einhalt geboten wird.

[§ 6 - ...]"

Art. 9 - In Buch XVII Titel 1 Kapitel 5 desselben Gesetzbuches wird ein Artikel XVII.24 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. XVII.24 - Der Präsident des Handelsgerichts kann das Verbot der in Artikel XII.21 Nr. 3 erwähnten Werbung anordnen, sofern sie noch nicht veröffentlicht ist, die Veröffentlichung aber bevorsteht."

[Art. XVII.25]

[KAPITEL 6 — Innergemeinschaftliche Unterlassungsklage zum Schutz der Verbraucherinteressen

Art. XVII.26

Art. XVII.27

Art. XVII.28]

Art. 10 - In Buch XVII Titel 1 Kapitel 6 desselben Gesetzbuches wird ein Artikel XVII.29 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Art. XVII.29 - Der Präsident des Handelsgerichts von Brüssel stellt das Bestehen einer Handlung, die einen Verstoß darstellt, fest und ordnet ihre Unterlassung an.“

Art. 11 - In Buch XVII Titel 1 Kapitel 6 desselben Gesetzbuches wird ein Artikel XVII.30 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Art. XVII.30 - Der Präsident des Handelsgerichts von Brüssel akzeptiert das in Artikel XVII.27 erwähnte Verzeichnis der qualifizierten Einrichtungen als Nachweis der Berechtigung der qualifizierten Einrichtung zur Klageerhebung unbeschadet seines Rechts zu prüfen, ob der Zweck der qualifizierten Einrichtung deren Klageerhebung in einem speziellen Fall rechtfertigt.

In Abweichung von den Artikeln 17 und 18 des Gerichtsgesetzbuches können die qualifizierten Einrichtungen eine Unterlassungsklage in Bezug auf einen Verstoß erheben zur Verteidigung der Kollektivinteressen der Verbraucher, sofern die in Artikel XVII.27 erwähnten Bedingungen erfüllt sind.“

[Art. XVII.31]

[Art. XVII.32]

Art. 12 - In Buch XVII Titel 1 Kapitel 6 desselben Gesetzbuches wird ein Artikel XVII.33 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Art. XVII.33 - Der Präsident des Handelsgerichts von Brüssel kann anordnen, dass auf Kosten des Zuwiderhandelnden sein Urteil oder die von ihm erstellte Zusammenfassung in Zeitungen, durch Anschlag oder sonst irgendwie veröffentlicht wird.

Er kann ebenfalls unter denselben Bedingungen die Veröffentlichung einer Berichtigung anordnen.“

[Art. XVII.34]

KAPITEL 3 — *Aufhebungs- und Abänderungsbestimmungen*

Art. 13 - Artikel 587 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 2. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 11 wird aufgehoben.

2. Nummer 12 wird wie folgt ersetzt:

„12. über Anträge, die gemäß Artikel XVII.23 des Wirtschaftsgesetzbuches eingereicht werden,“.

Art. 14 - Artikel 589 des Gerichtsgesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 30. Juli 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 9 wird aufgehoben.

2. Nummer 10 wird wie folgt ersetzt:

„10. in Artikel XVII.27 des Wirtschaftsgesetzbuches,“.

3. Nummer 12 wird wie folgt ersetzt:

„12. in Artikel XVII.23 des Wirtschaftsgesetzbuches,“.

4. Nummer 13 wird aufgehoben.

Art. 15 - In Artikel 627 Nr. 16 des Gerichtsgesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 26. Mai 2002, werden die Wörter „in Artikel 4 des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über innergemeinschaftliche Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen“ durch die Wörter „in Artikel XVII.27 des Wirtschaftsgesetzbuches“ ersetzt.

Art. 16 - Das Gesetz vom 6. April 2010 zur Regelung bestimmter Verfahren im Rahmen des Gesetzes vom 6. April 2010 über die Marktpraktiken und den Verbraucherschutz, abgeändert durch das Gesetz vom 25. August 2012, wird aufgehoben, insofern das Gesetz auf Angelegenheiten Anwendung findet, die durch die entsprechenden Bestimmungen des Wirtschaftsgesetzbuches so wie durch vorliegendes Gesetz eingefügt geregelt werden.

KAPITEL 4 — *Befugniszuweisung*

Art. 17 - Für bestehende Gesetze und Ausführungserlasse, in denen auf die in den Artikeln 13 bis 16 erwähnten Bestimmungen verwiesen wird, gilt, dass sie auf die entsprechenden Bestimmungen des Wirtschaftsgesetzbuches so wie durch vorliegendes Gesetz eingefügt verweisen.

Art. 18 - Der König kann in bestehenden Gesetzen oder Königlichen Erlassen Verweise auf die in den Artikeln 13 bis 16 erwähnten Bestimmungen durch Verweise auf die entsprechenden Bestimmungen des Wirtschaftsgesetzbuches so wie durch vorliegendes Gesetz eingefügt ersetzen.

Art. 19 - Der König kann die Bestimmungen des Wirtschaftsgesetzbuches so wie durch vorliegendes Gesetz eingefügt mit Bestimmungen, durch die sie bis zum Zeitpunkt der Koordinierung explizit oder implizit abgeändert worden sind, koordinieren.

Zu diesem Zweck kann Er:

1. die Reihenfolge, die Nummerierung und im Allgemeinen die Gestaltung der zu koordinierenden Bestimmungen ändern,
2. die Verweise in den zu koordinierenden Bestimmungen ändern, damit sie mit der neuen Nummerierung übereinstimmen,
3. den Wortlaut der zu koordinierenden Bestimmungen ändern, um die Übereinstimmung der Bestimmungen zu gewährleisten und die Terminologie zu vereinheitlichen, ohne die in diesen Bestimmungen enthaltenen Grundsätze zu beeinträchtigen.

KAPITEL 5 — Inkrafttreten

Art. 20 - Der König bestimmt das Datum des Inkrafttretens jeder der Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes und jeder der durch vorliegendes Gesetz in das Wirtschaftsgesetzbuch eingefügten Bestimmungen.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Ciergnon, den 26. Dezember 2013

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Wirtschaft und der Verbraucher

J. VANDE LANOTTE

Die Ministerin des Mittelstands, der KMB und der Selbständigen

Frau S. LARUELLE

Die Ministerin der Justiz

Frau A. TURTELBOOM

Mit dem Staatssiegel versehen:

Die Ministerin der Justiz

Frau A. TURTELBOOM

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C - 2015/03061]

22 FEVRIER 2015. — Arrêté royal modifiant, en ce qui concerne les avantages de toute nature, l'AR/CIR 92 en cas d'un prêt consenti sans intérêt ou à un taux d'intérêt réduit (1)

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu le Code des impôts sur les revenus 1992, l'article 36, § 1^{er}, alinéa 2;

Vu l'AR/CIR 92;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 9 février 2015 ;

Vu l'article unique de l'arrêté ministériel du 20 mars 2000 octroyant une délégation de pouvoirs à l'Inspection des Finances, par lequel, conformément à l'article 9 de l'arrêté royal du 16 novembre 1994 relatif au contrôle administratif et budgétaire, l'avis favorable de l'Inspecteur des Finances accrédité auprès du Ministère des Finances dispense de l'accord préalable du Ministre qui a le budget dans ses attributions, entre autres, les projets d'arrêtés royaux pour l'évaluation annuelle des avantages de toute nature relatifs à des prêts consentis sans intérêts ou à un taux d'intérêt réduit (article 18, § 3, point 1, AR/CIR 92);

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant :

- que le présent arrêté détermine le montant de certains avantages de toute nature octroyés en 2014;

- que le montant des avantages et du précompte professionnel y afférent qui a été versé, doit être mentionné sur des fiches et des relevés récapitulatifs *ad hoc* qui doivent être produits aux services des contributions;

- que les avantages précités doivent être portés le plus rapidement possible à la connaissance des contribuables;

- que le présent arrêté doit être publié le plus rapidement possible afin de ne pas retarder l'établissement et le recouvrement de l'impôt;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIËN

[C - 2015/03061]

22 FEBRUARI 2015. — Koninklijk besluit tot wijziging van het KB/WIB 92, op het stuk van de voordelen van alle aard in geval van toekenning van een renteloze lening of een lening tegen verminderde rentevoet (1)

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op het Wetboek van de inkomstenbelastingen 1992, artikel 36, § 1, tweede lid;

Gelet op het KB/WIB 92;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 9 februari 2015 ;

Gelet op het enig artikel van het ministerieel besluit van 20 maart 2000 tot toekenning van een bevoegdheidsdelegatie aan de Inspectie van Financiën, waardoor, overeenkomstig artikel 9 van het koninklijk besluit van 16 november 1994 betreffende de administratieve en begrotingscontrole, het gunstig advies van de Inspecteur van Financiën geaccrediteerd bij het Ministerie van Financiën onder meer de ontwerpen van koninklijk besluit tot vastlegging van de voordelen van alle aard wat de renteloze leningen of leningen tegen verminderde rentevoet betreft (artikel 18, § 3, punt 1, KB/WIB 92) vrijstelt van de voorafgaandelijke akkoordbevinding van de Minister tot wiens bevoegdheid de begroting behoort;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende :

- dat dit besluit het bedrag vaststelt van sommige voordelen van alle aard die in 2014 zijn verleend;

- dat het bedrag van de voordelen en van de bedrijfsvoorheffing die ervoor is gestort, moeten worden vermeld op fiches en op samenvattende opgaven *ad hoc* die bij de belastingdiensten moeten worden ingeleverd;

- dat de voormelde voordelen zo spoedig mogelijk ter kennis van de belastingplichtigen moeten worden gebracht;

- dat, om de vestiging en de inning van de belasting niet te vertragen, dit besluit zo spoedig mogelijk moet worden bekendgemaakt;